

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 17. Februar 2016 wurde anscheinend ein Paradigmenwechsel in der Bewertung des Stellenwertes der Landespolizei vollzogen. Wurde bis vor wenigen Wochen von der Kieler Regierungskoalition noch das Sparmodell „Personalabbau“ favorisiert, kam fast über Nacht die Kehrtwende. Der Innenminister stellte ein Perspektivpapier der Landesregierung vor, deren Inhalte wenige Tage zuvor mit den Polizeigewerkschaften besprochen wurden. Wir haben unsere Mitglieder über das Gespräch beim Innenminister und über die Inhalte des Perspektivgesprächs bereits umfassend informiert.

An dieser Stelle will ich auch den Reflex unterdrücken, selbstgefällig in die „Wir haben das doch schon immer gesagt“-Rolle zu verfallen. Aber auch zu Jubelarien ist überhaupt kein Grund. Am Ende werden die Taten zählen und nicht die Worte. Die Stunde der Wahrheit wird nach den nächsten Landtagswahlen läuten. Wir werden sehen, was 2017 aus dem Perspektivpapier noch steht.

Fakt ist, dass wir eine verstärkte Personalstärke in der Landespolizei brauchen, die gleichgewichtig die Bereiche Einsatz, Präsenz, Ermittlungen und Prävention abdeckt. Die Erfahrung sollte sein, dass Polizisten auf dem freien Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind. Kurzfristige Lageänderungen sind damit nicht

durch kurzfristige Personal-mehrung zu kompensieren. Das heißt im Klartext, dass auch bei Beruhigung der polizeilichen Lage ein Reservegedanke dringend erforderlich ist. Da muss Politik auch dem Drängen von Finanzministerium und Bund der Steuerzahler standhalten. Einen „Simonis-Effekt“ nach den Anschlägen von auf das World Trade Center New York in 2001, als Mehreinstellungen nach Lageberuhigung wieder abgeschmolzen wurden, darf es nicht erneut geben.

Das Perspektivpapier greift auch deutliche DPoIG-Forderungen auf. Die Erhöhung des Einstiegsamts auf A8 muss dringend zur Folge haben, dass die Kolleginnen und Kollegen in A8 sehr viel zügiger nach A9 kommen und von dort die Mindestwartefristen zur Amtszulage verkürzt werden. Zum 1. Juli 2016 soll es hier bereits schwerpunktmäßig Hebungen geben, mehr als sonst zu diesem Termin üblich.

Aus losen Absichtserklärungen mit Haushaltsvorbehalt müssen bald konkrete Pläne werden, damit Karriereaussichten in der Landespolizei auch wieder planbar sind. Hier hat die DPoIG dem Innenminister zugesichert, konstruktiv an der Umsetzung mitzuarbeiten.

Es sind viele sinnvolle Dinge auf dem Weg, zum Beispiel die Kompensation von besonderen Belastungen durch Schichtdienst. Das muss mit



> Torsten Gronau

Leben erfüllt werden. Selbstverständlich erhalten wir jetzt schon viele Nachfragen von Kollegen, wie es mit der angekündigten Beförderungsmöglichkeit zu A11 für prüfungsfrei aufgestiegene Kollegen aussieht. Andererseits bekommen wir Nachfragen von Kollegen, die Altenholz absolviert haben und jetzt erst nach langen Wartezeiten A11 wurden oder gar noch in A10 stecken. Das Ziel ist richtig, A11 für prüfungsfrei aufgestiegene Kollegen zu öffnen, wenn zugleich die Zugänge zu A11

bis A13 für „Altenholzer“ erleichtert werden.

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, in einem Perspektivpapier Erwartungen zu schüren, die man dann hinterher nicht erfüllen kann oder will. Deshalb müssen den Ankündigungen zeitnah Umsetzungsschritte folgen.

Der DPoIG-Landesvorstand wird auf die Umsetzung drängen!

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg-sh



ISSN 0937-4841

DPoIG im Dialog mit dem Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht der CDU-Landtagsfraktion

Am 24. Februar 2016 trafen sich Vertreter des Landesvorstandes der DPoIG, Torsten Gronau, Frank Hesse und Sven-Erik Haase, im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit den Vertretern der CDU-Landtagsfraktion, den MdL Dr. Axel Bernstein und Petra Nicolaisen, sowie dem wissenschaftlichen Referenten Christoph Münch.

Bei dem Gedankenaustausch zum Thema Innere Sicherheit stellte Torsten Gronau fest, dass es in Land und Bund starke Veränderungen in der Wahrnehmung der Polizei durch die Politik gibt. Parteiübergreifend wird eine Verstärkung des Personalkörpers der Landespolizei gefordert.

Dr. Bernstein stimmte zu, dass es zu einer Verstetigung des Personalaufbaus kommen muss.

Torsten Gronau machte noch einmal deutlich, dass aufgrund des Personalabbaus der letzten

Jahre zu wenig Polizeibeamte/-innen vorhanden sind, um auf außergewöhnliche Situationen reagieren zu können. Polizisten gibt es nicht auf dem freien Arbeitsmarkt, sodass ausreichende Reserven vorhanden sein müssen, um jederzeit auf unvorhergesehene Ereignisse und Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Der Aufbau von Personal ist aufgrund der Kapazitäten der Ausbildungsstätten nur langsam möglich.

Ein weiteres Thema war das sinkende Ansehen des Rechtsstaates und damit auch der Po-



> Torsten Gronau, MdL Petra Nicolaisen, Frank Hesse, Sven-Erik Haase, MdL Dr. Axel Bernstein (von links)

izei. Durch die Konzentration der polizeilichen Aufgaben auf Einsatz und Ermittlungen zugunsten von Personaleinsparung hat die Bürgernähe deutlich gelitten. Ein fester Ansprechpartner der Polizei ist im ländlichen Raum kaum noch vorhanden. Aufgrund der Einbindung in Präsenzverpflichtungen sind die Beamten nur noch selten in der Lage, feste Termine für Bürgersprechstunden einzuhalten.

Frau Nicolaisen bestätigte die Wichtigkeit dieser Kontaktmöglichkeit für die Bürger im ländlichen Raum.

Seitens der DPoIG wurde auch die Rückendeckung durch die Politik angemahnt, um das Ansehen der Polizei nicht noch zu schwächen.

*Sven-Erik Haase,
Kreisverband Itzehoe*

DPoIG begrüßt die neuen Kolleginnen und Kollegen in der PD AFB Eutin

Am 24. Februar 2016, also gut drei Wochen nach ihrem Dienstbeginn bei der Landespolizei Schleswig-Holstein, wurden die diesjährigen Dienstanfänger in der PD AFB von der DPoIG begrüßt.

Wie bereits seit vielen Jahren, präsentierten wir uns auch in diesem Jahr mit einem Infostand im Foyer der Kantine in Eutin.

Hier waren Informationen aller Art ausreichend vorhanden.

Fragen konnten sofort ausführlich beantwortet werden.



Astrid Steffen, Ingmar Volz, Markus Müller, Sebastian Krause, Torsten Sievers und Frank Hesse informierten die in großen Teilen sehr interessierten Kollegen und Kolleginnen über die Vorteile einer Mit-

gliedschaft in der Gewerkschaft.

Gleichzeitig stellten sich Astrid Steffen und Ingmar Volz, beide Fachlehrer in der PD AFB, als DPoIG-Ansprechpartner vor.

Sie stehen den Kolleginnen und Kollegen ab sofort mit Rat und Tat zur Verfügung.

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*



Und es wird noch schlimmer ...

Ein Kommentar von Torsten Sievers, Kreisverband Bad Segeberg

In Zeiten ausufernder Zusatzbelastungen wie Demonstrationslagen im linken Spektrum, Demonstrationslagen im klassischen rechten Spektrum und dem neuen Spektrum der Pegida- und AfD-Anhänger, Fußballeinsätzen, Rockertreffen und – besonders auch die Bevölkerung unmittelbar betreffend – der völlig aus dem Ruder gelaufenen Einbruchskriminalität, geben die politischen Führer den Menschen und den Polizeibeamten das trügerische Gefühl des Willens zur Verbesserung der Inneren Sicherheit, auch im Bereich der Justiz.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass nach vielen Jahren der gewerkschaftlichen Mahnung auf politischer Ebene begriffen worden zu sein scheint, dass die Polizei in allen Bereichen Verstärkung benötigt. Mitte Februar konnte die breite Öffentlichkeit direkt von Innenminister Studt erfahren, dass es eine personelle Aufstockung und verbesserte Perspektiven für die Polizeibeamten im Land geben soll, um die unwürdigen Verhältnisse zu verbessern.

Konkret heißt es, dass 400 neue Auszubildende eingestellt werden sollen, und das sogar nachhaltig über mehrere Jahre bis zum Ende der Dekade, wodurch zusätzlich 500 neue Stellen geschaffen werden sollen.

Wenn man bedenkt, dass nach Aussage des Leiters der Polizeiabteilung, Herrn Muhlack, eine Ausfallquote von 25 Prozent in der Ausbildung normal sei, werden von den 400 Auszubildenden aber lediglich 300 im Dienst ankommen – eine Quote übrigens, die für niemanden als normal erachtet werden kann, jedoch bald Realität werden könnte, da die Politik die Einstellungsvoraussetzungen auf ein (zukunfts-)beängstigendes Niveau gesenkt hat. Und eine noch höhere Ausfallquote kann nur dadurch verhindert werden, indem man die Benotung dem Willen des Erreichens des polizeilichen Einzeldienstes anpasst.

Allerdings dürfte die realistische Betrachtung der tatsächlichen Absolvenzzahlen keine große Bedeutung haben, da sich entgegen anders lautender Behauptungen kaum noch genug geeignete Bewerber finden lassen, die sich den sehr schlechten Arbeitsbedingungen, der schlechten Bezahlung und der mangelnden Wertschätzung ihres (potenziellen) Dienstherren aussetzen wollen. Denn wer will schon mit zu wenig Geld, individuell markiert und mit dem Gefühl ohne Rückendeckung „mit einem Bein im Knast“ zu stehen oder einen Job antreten, wenn die Wirtschaft sehr viel bessere Bedingungen bietet.

Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass die Pensionierungen im selben Zeitraum eine Anzahl erreichen werden, die die der Neueinstellungen übertreffen wird.

Weiterhin glaubt Innenminister Studt, mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit von ungefähr 150 Polizeibeamten diesen personellen Aderlass stoppen zu können.

Obwohl man also Beförderungen anschieben will und in diesem Zusammenhang Perspektiven für den viel gescholtenen mittleren Dienst, der die Masse der Polizeiarbeit am Bürger schultert, anzustreben behauptet, zerstört man eben jene Stellenperspektiven, die die älteren Beamten dringend benötigen, um eben nicht für den Rest ihrer Zeit im extrem belastenden Schichtdienst zu fristen.

Aber damit noch nicht genug:

> Es sollen nämlich Vollzugsbeamtenstellen durch Angestellte ersetzt werden, um so angeblich mehr Personal auf die Straße zu bekommen – wieder zulasten des mittleren Dienstes!

Aber nicht nur der Personalbestand, die Perspektiven und das Einkommen der Polizeibeamten sollen erwähnt sein, sondern auch die daraus resultierenden Konsequenzen aus der bisherigen und zukünftigen Personalmangelwirtschaft.

Hier sei die Zuverlässigkeit der Dienstplanung erwähnt:

> Eigentlich sollte man der vertrauensvollen Annahme unterliegen, dass die Polizeibeamten auf den Wachen ihre ureigenen Aufgaben wie die Aufnahme von Strafanzeigen, Verkehrsunfällen, die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und so weiter wahrnehmen können.



Tim Reckmann – pxello.de

Allerdings hat die Landesregierung seit vielen Jahren darauf verzichtet, eine dringend notwendige weitere Einsatzhundertschaft zu schaffen oder auf die personellen Anforderungen in allen bisherigen Bereichen und den neu hinzugekommenen Deliktsektoren einzugehen. Das Resultat ist, dass bei nahezu jeder größeren oder kleineren Lage Polizeibeamte von den Wachen abgezogen werden und diese ihre Dienstpläne fast täglich umgestalten müssen, was für sich allein schon schwer zu ertragen ist.

Und wenn die Polizeiführungen nicht in der Lage sind, bekannte Einsatzlagen auch so zeitgerecht zu planen, dass diese wenigstens in der Dienstplangestaltung eingepflegt werden können, ist ein Maß der Unerträglichkeit erreicht, das förmlich krank macht!

Dies sei an nur einem (von vielen) immer wiederkehrenden Beispiel erläutert:

> Der Spielplan aller Fußballspiele im Bundesgebiet steht in der Regel im August und somit stehen auch die Spielpaarungen sehr frühzeitig fest, die einer hohen Personalanforderung bedürfen. Wenn also beispielsweise Holstein Kiel gegen Hansa Rostock spielt, weiß jeder normale Mensch, dass dann eine Menge Polizisten vor Ort sein müssen.

Leider scheint diese Normalität nicht in der Polizeiführung angekommen zu sein, denn regelmäßig kommen Personalanforderungen nicht etwa zum Zeitpunkt der Dienstplanung, nein, man zieht es vor, diese Anforderung großzügig drei bis fünf Tage vor dem eigentlichen Ereignis an die Dienststellen zu steuern, als käme das Ereignis urplötzlich und zum ersten Mal.

Aus Sicht eines Betroffenen ist diese Arbeitsweise weder nachvollziehbar oder sonderlich professionell, aber vor allem völlig ignorant gegenüber den Polizeibeamten und ihren Bedürfnissen, man kommt sich vor wie eine Verfügungsmasse!

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass nicht nur die Schutzpolizei an erheblichen personellen-, sachlichen- und technischen Defiziten leidet. Mittlerweile ist die Situation derart dramatisch, dass selbst übermäßig geschönte Kriminalstatistiken die Probleme nicht mehr überdecken können – und sie sind geschönt, das steht fest!

Auch eine Abkehr von zersplitterten Landespolizeieinrichtungen zu einer zentralen Liegenschaft mit all seinen Synergieeffekten wäre dringend erforderlich und sehr, sehr hilfreich, besonders in der Aus- und Fortbildung.

Wahlkampf ist nicht der richtige Berater für nachhaltige Verbesserungen. Wir benötigen über die Parteiengrenzen hinweg eine gesamtpolitische Agenda, die sich der Sicherheit der Bürger verschreibt (einschließlich der Justiz), von kosmetischen Maßnahmen absieht und endlich die Probleme an der Wurzel packt!

Nur ein Paradigmenwechsel kann hier zum nachhaltigen Erfolg führen!

Wenn die Anzugsordnung den Dienst bestimmt – ist das noch „meine“ Polizei?!

Ein Leserbrief von Anne Kathrin Ameis

Ich bin es leid! Ich bin es leid, mir für jedes Verhalten unseres Gegenübers (des Bürgers) den „Schuh anziehen“ lassen zu müssen.

Ich bin, so wie es der „Erlass zur Anzugsordnung“ auch fordert, der festen Überzeugung, dass ein gepflegtes Äußeres zu einem professionellen Auftreten dazugehört. Und ja, das erreichen wir, indem wir einheitlich auftreten, die Uniform sitzt und sauber ist.

Doch kann und muss man nicht auch irgendwann mal die „Kirche im Dorf lassen“?

Zur Uniform der Schutzpolizei gehören die unterschiedlichsten Kleidungsstücke. Darunter die Lederjacke, von einigen Kollegen gehasst und bei anderen fester Bestandteil der Ausrüstung, da sie schnellen Zugriff auf die Einsatzmittel am Koppel gewährleistet. Dann die gelbe Warnjacke. Gerade im Einsatz zur Nacht ein sinnvoller Begleiter, aber aufgrund des Preises bei vielen Kollegen nicht vorhanden.

Schon wegen dieser Tatsache fängt vor jeder Streifenfahrt die Diskussion an. Gelbe Jacke? Lederjacke? Oder am Ende doch die Outdoor-Jacke, weil bei dem einen die Gelbe fehlt und der andere die Lederjacke nicht mag? Am Ende fahren wir einheitlich – aber keiner ist wirklich zufrieden und handlungssicher schon gar nicht, weil die Jacke nicht so sitzt wie die Gewohnte, die Einsatzmittel nicht griffbereit sind und Mann und Frau einfach genervt sind! Genervt davon, dass es scheinbar innerhalb der Landespolizei



keine anderen Sorgen und Probleme gibt, als sich darüber Gedanken zu machen und Regelungen darüber zu treffen, wie die Kollegen auf der Straße auszusehen haben.

Dass das alles in die Wege geleitet wurde, weil Statistiken zeigen, dass dadurch die Anzahl der Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte verringert werden würden – schön und gut, aber auch irgendwie frustrierend.

Denn WARUM – das frage ich mich, seitdem die ersten Erlassvorschläge veröffentlicht wurden – sind am Ende wir, die Polizisten, diejenigen, die ihr Recht auch „Mensch zu sein“ einschränken lassen müssen? Warum wird nicht die Energie, die in den Anzugsordnung-Erlass gesteckt wurde, in die Frage investiert, warum wir Polizisten so oft Opfer körperlicher Gewalt, Respektlosigkeit und Beleidigungen werden?

Warum werden Fehler immer nur bei uns gesucht? Rückendeckung? Fehlanzeige! Grund dafür hauptsächlich unserer Erscheinungsbild? Meiner Meinung nach ist das fragwürdig.

Ich hätte es mir als Kind oder Jugendliche nicht mal im Traum einfallen lassen, Polizisten auszulachen, sie zu bespucken, zu beleidigen, ganz zu schweigen, diese auch noch tätlich anzugreifen. Und das, man mag es kaum glauben, auch wenn sie unterschiedliche Jacken trugen.

Doch das Verhalten hat sich verändert, die Generationen haben sich gewandelt.

Ich kann nur mutmaßen, wo die Ursachen dieser Veränderungen liegen, doch sicherlich ist das Elternhaus ein ganz entscheidender Faktor, aber eben auch nur einer von vielen.

Doch das eröffnet ein neues Themenfeld, auf das ich jetzt nicht näher eingehen möchte.

Kommen wir also zurück zur Bekleidungs Vorschrift mit den entsprechenden Kombinationsmöglichkeiten. Nun wird die neue Unterziehweste (UZSW) mit Außentragehülle ausgeliefert. Angepriesen und schon verteufelt – denn nun stellt sich die nächste Frage: Wie gehen wir vor? Bilden wir neue Dienstgruppen? Kollegen, die die Außentragehülle nutzen in die eine, die, die weiterhin bei der UZSW und Koppel bleiben, in die andere? Oder rüsten wir uns einfach bei Streifenpartnerwechsel immer um. Wäre dann ja die Konsequente und logische Schlussfolgerung, wenn wir einheitlich bleiben wollen und sollen.

Ich bin gespannt, in welche Richtung die Reise geht. Auch wenn ich mir jetzt schon sicher bin, dass ich es nur mit einem breiten Schmunzeln ertragen werde.

Denn so richtig ernst gemeint kann das doch alles nicht sein! Im Grunde wartet man doch immer auf die versteckte Kamera. Oder geht das nur mir so?

Was mir beim ersten Anblick eines Kollegen mit der Außentragehülle einfiel, war das Thema Deeskalation.

Weißer Mütze, Biese an der Dienstthose und unser neuer Erlass – alles für das bedeutende Thema Deeskalation.

Wo ist der Deeskalationsfaktor bei der Außentragehülle? Da hilft dann auch keine Biese und weiße Mütze mehr, denn einen größeren Widerspruch gibt es nicht.

Durch das Anlegen der Tragehülle wirkt automatisch nahezu jeder Kollege aggressiv – zumindest wenn ich es aus der Sicht der Bürger betrachte, die uns schon bei geschlossenen Einsätzen gelegentlich als „gefährlich“ aussehend bezeichnen.

Also ich fühle mich irgendwie „veräppelt“ und hoffe sehr, dass dieser Spuk bald ein Ende hat. Dass endlich angefangen wird, die Ursache dieser Gewalt gegenüber Polizisten nicht mehr bei uns zu suchen und wir einfach wieder unseren „Job“ machen dürfen!!

Ohne uns dabei auch noch den Kopf zerbrechen zu müssen, was ich heute im Dienst trage, wo doch eine UNIFORM – eigentlich eine UNIFORM ist! ■